Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:

0065/2014/AN

Antragsteller: GAL/HD P&E/gen.hd, SPD, Grüne

Antragsdatum: 16.09.2014

Federführung:

Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg, Perspektiven und Maßnahmen

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 20. November 2014

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	09.10.2014	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	21.10.2014	Ö		
Gemeinderat	13.11.2014	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.:

Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2014

Ergebnis: verwiesen in den Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 21.10.2014

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0065/2014/AN

Fraktionsgemeinschaft

Grün-Alternative Liste Heidelberg Heidelberg <u>pflegen</u> und erhalten Generation HD



Judith Marggraf Hans Martin Mumm Wassili <u>Lepanto</u> Michael Pfeiffer

Heidelberg, 16.09.2014

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner beantragen gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg, Perspektiven und Maßnahmen

- 1. Bericht des Oberbürgermeisters
- 2. Diskussion und Aussprache
- 3. ggf. Anträge

im öffentlichen Teil der Tagesordnung des nächsten Gemeinderates.

Begründung:

Wie Sie in Ihrem Schreiben vom 11. September darlegen, ist die aktuelle Erweiterung der Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg durch bestehende Beschlüsse des Gemeinderats mitgetragen. Für die Zukunft geht es darum, gemeinsam dafür einzutreten, dass die Aufnahme und menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg eine selbstverständliche Pflicht ist und keine "Belastung" für diesen oder jenen Stadtteil darstellt. Insofern ist es wichtig, im Gemeinderat zu beraten, in welchen Quartieren neue Unterbringungsmöglichkeiten gefunden oder geschaffen werden müssen und welche Mittel dafür im Haushalt 2014/2015 bereit zu stellen sind.

gezeichnet Fraktion/AG GAL/HD P&E/gen.hd gezeichnet SPD-Fraktion gezeichnet Grüne-Fraktion